

Köln, den 22.12.2025

Stellungnahme:

Stellungnahme zum Digitalpakt 2.0 aus Elternsicht in NRW

Sehr geehrte Frau Ministerin Prien,
Sehr geehrte Frau Ministerin Feller,
Sehr geehrte alle,

Aus Sicht der Landeselternschaft der Realschulen in NRW ist die Einigung von Bund und Ländern auf den Digitalpakt 2.0 ein wichtiges Signal – sie bleibt jedoch deutlich hinter dem tatsächlichen Bedarf der Schulen im größten Bundesland zurück.

Grundsätzlich begrüßen wir, dass der Digitalpakt 2.0 breiter angelegt ist als sein Vorgänger. Die Förderung von Wartung, Support und digitalen Lernumgebungen greift reale Probleme auf, die viele Schulen und Schulträger in Nordrhein-Westfalen seit Jahren benennen.

Auch die Vereinfachung der Mittelvergabe durch pauschale Zuweisungen an kommunale Schulträger ist ein richtiger Schritt, der in einem Flächenland wie NRW dazu beitragen kann, dass Mittel schneller und unbürokratischer in den Schulen ankommen.

Gleichzeitig sehen wir erhebliche Risiken. Besonders kritisch ist, dass die Länder bereits geplante oder laufende Digitalprojekte auf ihren Eigenanteil anrechnen können. Für NRW bedeutet dies, dass Investitionen, die ohnehin vorgesehen waren, als „neue“ Mittel ausgewiesen werden könnten. Damit droht das reale zusätzliche Investitionsvolumen deutlich zu schrumpfen. Aus Elternsicht braucht die Digitalisierung der Schulen jedoch echte Mehrausgaben – keine Verschiebung bestehender Haushaltssmittel.

Kritisch sehen wir zudem, dass der Bundesanteil am Digitalpakt 2.0 größtenteils aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität bestritten wird. Dieses Sondervermögen war ausdrücklich für zusätzliche Zukunftsinvestitionen

gedacht, während der Digitalpakt 2.0 bereits vor dessen Einrichtung geplant war. Für Eltern entsteht dadurch der Eindruck, dass dringend notwendige Bildungsinvestitionen nicht zusätzlich erfolgen, sondern lediglich aus einem anderen Finanzierungstopf gedeckt werden.

Diese Sorge ist besonders groß, da viele Schulen in Nordrhein-Westfalen in einem baulich schlechten Zustand sind. Unterricht findet an manchen Standorten in Gebäuden mit nassen Stellen, gesperrten Räumen wegen Schimmelbefalls oder seit Jahren geschlossenen Sporthallen aufgrund von Baufälligkeit statt. Schülerinnen und Schüler verbringen teilweise über Jahre hinweg ihre Schulzeit in einer Umgebung, die eher an eine Baustelle als an einen Lern- und Lebensraum erinnert. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, in Schulen zu lernen, in denen sie sich sicher und wohlfühlen können. Eltern befürchten daher, dass durch die Finanzierung des Digitalpakts aus dem Sondervermögen Mittel für dringend notwendige Sanierungen fehlen und die baulichen Mängel an den Schulen weiter fortbestehen.

Besonders deutlich zeigen sich Defizite beim Thema Künstliche Intelligenz. NRW-Schulen stehen vor der Herausforderung, KI sinnvoll, sicher und pädagogisch verantwortungsvoll in Unterricht und Schulorganisation einzubinden. Professionelle KI-Anwendungen, Lernplattformen und notwendige Lizenzen verursachen erhebliche Kosten – hierfür bietet der Digitalpakt 2.0 bislang kaum finanzielle Perspektiven. Auch die Digitalisierung der Schulverwaltung bleibt weitgehend ungedeckt, obwohl sie dringend notwendig wäre, um Lehrkräfte zu entlasten und Ressourcen effizienter einzusetzen.

Darüber hinaus reicht digitale Ausstattung allein nicht aus.

Lehrkräfte benötigen verlässliche und qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote, die fest in die Arbeitszeit integriert sind. Digitale Schulentwicklung kann nur gelingen, wenn pädagogische Konzepte, technische Ausstattung und Fortbildung systematisch zusammengedacht werden.

Aus Elternsicht fehlt dem Digitalpakt 2.0 insgesamt eine verlässliche und transparente Gesamtplanung. Notwendig sind klare Prioritäten in der

Schuldigitalisierung – etwa bei Infrastruktur, pädagogischen Konzepten, Fortbildung, KI-Einsatz und Verwaltungsdigitalisierung – sowie belastbare Zahlen, die nachvollziehbar aufzeigen, welche Maßnahmen mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraum umgesetzt werden sollen.

Ohne eine solche Planung drohen Stückwerk, Insellösungen und wachsende Ungleichheiten zwischen den Kommunen in NRW.

Gerade mit Blick auf die soziale und regionale Vielfalt in Nordrhein-Westfalen ist es aus Elternsicht entscheidend, dass digitale Bildung nicht vom Wohnort oder von der Finanzkraft des jeweiligen Schulträgers abhängt. Es braucht landesweit verbindliche Mindeststandards für digitale Infrastruktur, Endgeräte, Software, Support und Wartung, damit alle Schülerinnen und Schüler vergleichbare Lernbedingungen vorfinden.

Zudem sollten Schulen, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler stärker in die Planung und Prioritätensetzung der Schuldigitalisierung einbezogen werden. Digitalisierung gelingt nur dann nachhaltig, wenn sie gemeinsam entwickelt und getragen wird.

Nicht zuletzt müssen die langfristigen Folgekosten realistisch berücksichtigt werden. Wartung, Ersatzbeschaffung, Software- und KI-Lizenzen verursachen dauerhaft Kosten. Ein Digitalpakt darf keine kurzfristige Investition sein, die nach wenigen Jahren neue Finanzierungslücken hinterlässt.

Wir teilen die Einschätzung vieler Fachverbände, dass die vorgesehenen Mittel insgesamt nicht ausreichen, um die Schulen in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig aufzustellen. Digitalisierung ist eine Daueraufgabe. Dass der Bund seinen Beitrag im Vergleich zum Digitalpakt 1.0 reduziert und sich langfristig aus der Finanzierung zurückziehen will, halten wir gerade für ein Flächenland wie NRW für problematisch.

Aus Sicht der Landeselternschaft der Realschulen braucht NRW daher eine verlässliche, langfristige Digitalstrategie für Schulen, die über einzelne Förderperioden hinausgeht. Bund und Land sollten frühzeitig in die Gespräche für einen Digitalpakt 3.0 eintreten – mit einer nahtlosen Anschlussfinanzierung,

klaren Prioritäten, echten Zahlen, verbindlichen Mindeststandards und einem konsequenten Fokus auf modernes Lehren und Lernen. Unsere Kinder in Nordrhein-Westfalen dürfen im digitalen Bildungsbereich nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Mit freundlichen Grüßen

Die Landeselternschaft der Realschulen in NRW